

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postfachamt Rieser  
Gemein Nr. 20.

Postfachamt: Leipzig 21008.  
Gemein Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Rieser, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 178.

Dienstag, 5. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Silben) 40 Pf., Zeitraumbesetzung und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Platte eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Verehrwürdige Unterhaltungsbeilage „Trichter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Druker & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm im Dittsch, Rieser.

## Abklärung von Kaufverträgen über Brotgetreide und Gerste vor der Trennung der Früchte vom Boden und über Oaser betr.

Nach § 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 535) dürfen vor Trennung der Früchte vom Boden Kaufverträge über Brotgetreide und Gerste oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Brotgetreide und Gerste gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat.

Unter das Verbot fallen auch Veräußerungen im Wege freiwilliger Versteigerungen sowie Pacht, Miet- und sonstige Verträge, die eine Umgehung dieses Verbots bezwecken. Alle Verträge dieser Art, die vor Inkrafttreten der Reichsgetreideordnung, also vor dem 21. Juni 1919 abgeschlossen sind, sind nach § 4 Abs. 2 a. a. O. nichtig.

Zurückbildungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 80 Abs. 1 Riffer 2 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 5000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht die Voraussetzungen für eine schwere Verletzung nach § 81 a. a. O. vorliegen.

Hierbei wird ausdrücklich noch darauf hingewiesen, daß Verträge über Lieferung von Oaser aus der Ernte 1919 vor dem 16. August 1919 nach § 13 der Reichsgetreideordnung nicht abgeschlossen werden dürfen und Zurückbildungen nach § 80 Riffer 2, 81 bestraft werden sowie daß solche Verträge, die vor dem 21. Juni 1919 abgeschlossen worden sind, nichtig sind.

Großenhain, am 2. August 1919.  
1080 e1. Der Kommunalverband.

## Bezirksarbeitsnachweis Großenhain

Nebenstelle Rieser, Kaiser-Franz-Joseph-Straße 17. Tel. 40.  
Kostenlose Stellenvermittlung für alle Berufe.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Gegen die persönliche Habe. Das Schreiben eines freisinnigen Ministers an die Reichsregierung, das sich mit der demeritischen persönlichen Habe gegen Mitglieder der Regierung beschäftigt, wird von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ im Wortlaut wiedergegeben. Es heißt darin: „So ist, um nur einige grobe Beispiele anzugeben, hierzulande schon vor einer Anzahl von Monaten in der Bourgeoisie erzählt worden, unter Reichspräsident Ebert sei, seit er zu seiner Würde gelangt sei, dem Trunk ergeben. Er müsse allabendlich in Weimar nach Hause gebracht werden. Dieses lächerliche Gerücht kommt aus Kreisen des Wiener S. O. Es wird von einem bei der Reichsregierung beschäftigten Herrn an einen seiner Korpsführer weitergegeben worden sein.“ — „In neuerer Zeit geht von Mund zu Mund, und zwar schon in den breiten Massen der Landbevölkerung, eine ganz niederträchtige Verleumdung gegen Scheidemann. Er soll sich, so wissen die Klatschverbreiter, unter Annahme von Reichsgeldern und Werbepunkten in die Schweiz geflüchtet haben, um dort seinen „Kauf“ in Sicherheit zu bringen.“ — „Dem Reichsminister und Heeresminister Erzberger, der den Großkapitalisten, Deutschnationalen und einseitigen Militaristen ganz besonders im Auge liegt, wird behauptet, er habe sich mit 40 Millionen von der Entente beschreiben lassen. Dieser gemeine Anwurf scheint aus archaischen und aus militärischen Kreisen zu stammen.“

400 Zentner Speck beschlagnahmt. Den 2. N. N. wird aus Berlin gemeldet: Eine riesige Sendung von Speck ist durch die Reichspolizei kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Auf dem dortigen Bahnhof wurde ein Wagen entdeckt, der mit etwa 400 Zentnern Speck im Werte von wenigstens 400 000 Mark beladen war. Die Polizei stellte fest, daß der Wagen aus Siegen in Westfalen kam. Der Speck ist amerikanische Ware und offenbar aus dem besetzten Gebiet eingeschleppt, um hier unter der Hand veräußert zu werden. — Die Regierung scheint mit ihrem Kampfe gegen das Schiebertrug Ernst zu machen. Gleichzeitig mit den Verhaftungen in Berlin wurde eine ganze Schiebergesellschaft entdeckt. Aus Ulm wird uns darüber gemeldet: Im Zusammenhang mit den Ulmer Eisenbahnstehereien wurden bisher 11 Personen in Berlin, Leipzig und Stuttgart verhaftet. Die Schieberungen waren über ganz Deutschland erfolgt. Der Gesamtwert der Schieberungen überschreitet eine Milliarde. Es wurde ein ganzes Schiebertrug aufgedeckt. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Die Reichseinkommensteuer. Wie der „Berl. Börsenzeitung“ aus Weimar gemeldet wird, wird die Reichseinkommensteuer erst im Herbst in der Nationalversammlung eingebracht werden. Die Aufstellung des Entwurfs scheint erhebliche Schwierigkeiten zu machen, denn um das Einkommen vollständig zu erfassen und jede Möglichkeit von Steuerhinterziehungen abzuschneiden, soll das Einkommen an der Quelle erfasst werden, also das Gehalt bei den Arbeitgebern, das Kapitalvermögen bei den Banken und der Reichsfinanzverwaltung. Für diese vorher gezahlte Steuer erhält der Steuerpflichtige einen Bonds, der dann bei den betreffenden Steueranprüchen in Zahlung gegeben wird. Die Einkommensteuer soll das Eigentum bis an die Grenze der äußersten Leistungsfähigkeit belasten und nach Grundbesitz erhoben werden, daß alle Deutschen vollständig unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Steuern bezahlen. Um dies zu erreichen, wird das Reich die Steuerverwaltung in seine Hand nehmen und durch Finanzämter die Veranlagung ausführen lassen. Diese Landesfinanzämter umfassen große Bezirke von drei Millionen Einwohnern. Im ganzen sollen etwa zwanzig Landesfinanzämter errichtet werden. An der Spitze steht ein Präsident, der drei Direktoren unter sich hat als Leiter einer Abteilung für Zoll- und Verbrauchsabgaben, für direkte Steuern und für die Verwaltung des Reichsvermögens. Diese höheren Steuerbeamten werden besonders tüchtig und technisch gebildet sein, aber deren Ausbildung durch die Verhandlungen gepflogen wurden.

Eine Erklärung des Prinzen Max von Baden. Die „Köln. Zeitung“ erzählt aus Karlsruhe:

Prinz Max von Baden macht in einer längeren Veröffentlichung Mitteilung über das Telefongespräch, das er am 8. November abends mit dem Kaiser gehabt hat. Das Gespräch dauerte ungefähr 30 Minuten und wurde mit großer Heftigkeit geführt. Er war, so schreibt Prinz Max, erschreckend unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin und weigerte sich, meine Vorschläge zur Abdankung überhaupt zu erwägen. Dätte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. November die Wahrheit über die Armeesituation gesagt, die sie ihm endlich am 9. November mitteilte, so wüsste er nicht, daß der Kaiser am 8. November abends den Thronverzicht ausgesprochen haben würde. Dann hätte es nach menschlichem Ermessen am 9. November in der Nacht der Wehrheitssozialisten gestanden, den größten Teil der Arbeiter in den Fabriken zurückzubringen. Gewiß, es wäre auch nach dem zum Vorkommen gekommen, aber er wäre auf die radikalen Elemente beschränkt geblieben. Die Truppen hätten sich in Berlin zuverlässiger gehalten. Einer der gefährlichsten Verhandlungspunkte zwischen den außerrechtlichen Arbeitern und Soldaten war die Tatsache, daß der Kaiser nicht abgedankt hätte.

Küdrtritt des Leiters der Reichsgetreidekelle. Der Leiter der Reichsgetreidekelle, Herr von Graevenitz, tritt vor seinem Vortritt zurück.

Das rheinische Zentrum betreibt, wie aus Berlin gemeldet wird, nach wie vor mit allen Kräften die Agitation für die rheinische Republik und fordert sofortige Volksabstimmung.

Der Streik in Oberschlesien geht unverändert weiter. Die „Deutsche Arbeiterkammer“ bleibt weiter geschlossen, auf der „Kasseler Arbeiterkammer“ wird weiter gestreift. Die Arbeiterbewegung ist gering, aber am Wahlfest der letzten Monate gemessen annähernd normal. Wegen Wagenmangels liegen viele Kohlen auf der Halbe, was die Betriebsleistungen in den Stand setzt, den Hüttenwerken jedes Quantum Kohle zu liefern. Betriebsleistungen von Hüttenwerken sind in der letzten Zeit nicht mehr vorgekommen.

Landarbeiterstreik im Bezirk Kassel. Die „K. Z. a. W.“ meldet aus Kassel: Montag früh ist auf fast allen großen Gütern des Bezirks Kassel der Landarbeiterstreik ausgebrochen, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Tarif trotz großen Entgegenkommens nicht zur vollen Zufriedenheit der Landarbeiterorganisationen ausgefallen sind. Vorläufig beschränkt sich der Ausstand auf die großen Güter. Die Arbeiter der mittleren und kleinen Höfe arbeiten noch. Es besteht Hoffnung, den Streik in aller Kürze beizulegen.

Die Verhandlungen über die Belegung der Rheinlande werden am Donnerstag in Versailles wieder aufgenommen werden.

Die Bildung einer deutschen Partei für die abzutretenden Gebiete Ostens und Westpreußens ist in Braunschweig beschlossen worden. Die neue deutsche Partei will alle Deutschen in den abzutretenden Teilen Ostens und Westpreußens ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu den bisherigen deutschen Parteien zu dem Zwecke zusammenschließen, das Deutschtum in den an Polen gelangenden Teilen dieser beiden Provinzen zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren.

Prinz Heinrich hat in einem Schreiben an den König von England auf die britische Schuld am Kriege hingewiesen und ihn an sein Besitztum mit Saison aus dem Jahre 1912 erinnert. Prinz Heinrich bittet, von der Auslieferung oder Verhaftung Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm II. abzusehen.

Zur Abkämpfung der deutschen Banknoten. Nach einer „Times“-Wendung versicherte Ballfour in der Wirtschaftskommission des Unterhauses, daß eine Abkämpfung der deutschen Wertpapiere und Banknoten nur unter der Aufsicht und Kontrolle der Entente erfolgen dürfe, um die Leistungsfähigkeit hinsichtlich Deutschlands verpflichtungen gegenüber den Alliierten einwandfrei festzustellen.

### Ungarn.

Die Umwälzung im Jansen. Das Ung. Tel.-Zentr.-Büro meldet, daß die rumänischen Truppen bis zur Gemarkung von Budapest vorgezogen seien. Die Dampfer „Ritoga-

post“ will dagegen wissen, daß die Rumänen in Budapest fest eingerückt seien. Aus Paris wird dröhnend gemeldet: Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, zuerst die Forderungen der neuen ungarischen Regierung abzuwarten, bevor er seine Haltung feststellt. Die französische Presse bezieht die Vorgänge in Budapest mit Misstrauen. Laut Wiener „Sonn- und Montags-Zeitung“ empfing der Oberst Euningham-Höhm und Weltner. Die Unterredung bezog sich auf die zukünftige Regierungsform und Politik Ungarns, insbesondere auf die Forderungen der zukünftigen ungarischen Regierung für die Erfüllung der Bedingungen der Entente. Nach privaten Meldungen der Montagsblätter aus Budapest beschloß der Ministerrat, sofort Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung durch Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Klasse und der Bauernschaft einzuleiten. Die derzeitige ungarische Regierung lehnt Unterhandlungen mit der Siegedarigen Regierung ab. Das Koalitionskabinett wird seine Tätigkeit mit der Demobilisierung der Roten Armee beginnen. Weitere Aufgaben werden der Abschluß des Waffenstillstandes und die Einberufung der Nationalversammlung sein. Die Reformminister sollen die Verordnungen der Räteregierung unverzüglich einer Prüfung unterziehen und bereits dem nächsten Ministerrat vorschlagen, welche Verordnungen zu beseitigen sind und wie der Rechtszustand vor dem 21. März wiederherzustellen ist. In erster Linie wird die Räteregierung über die Sozialisierung der Häuser außer Kraft gesetzt werden.

Serbien. Der Rücktritt des Kabinetts angenommen. Nach einer amtlichen Meldung aus Belgrad hat Kronprinz Alexander den Rücktritt des serbischen Ministeriums angenommen.

Schweiz. Vom internationalen Sozialistkongress. Nach der Genfer „Revue“ erklärte Dunsand als Generalsekretär des internationalen sozialistischen Büros am Sonnabend in Luzern: Er sei der festen Ansicht, daß man so lange die Arbeiterklassen nicht für den Entscheidungskampf auszubilden dürfe, als man nicht die Sicherheit des Sieges habe. Das sei eine Frage der Taktik und der Opportunität, aber die man nicht zu diskutieren brauche. — In den vorgelagerten Kommissionsberatungen des internationalen Sozialistkongresses wurde auch die Frage der deutschen Kriegsgefangenen behandelt. Es wurde allgemein die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt, daß die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen nach dem Wortlaut des Friedensvertrages sofort nach dessen Unterzeichnung durch eine der Parteien zu erfolgen habe.

Der weitere Verlauf des Streiks. Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich beschloß mit 200 gegen 100 Stimmen, den Streik fortzusetzen. Die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Arbeiterunion in Oden beschloß, keinen schweizerischen Generalkstreik zu erklären, sondern die Aktionen den örtlichen Arbeiterunionen zu überlassen. — Das Gebäude des Baseler „Vorwärts“ wurde am Sonnabend militärisch besetzt. Die Sonnabendausgabe des „Vorwärts“ wurde konfisziert. — Das Kartell der christlichen sozialen Gewerkschaften lehnt den Streik entschieden ab, da es sich nur um einen Versuch bolschewistischer Umwälzung handle, welche die Macht an sich reißen wollten. In einem Aufrufe heißt es: Der Hauptmacher dieses Streiks habe erklärt, daß am kommenden Donnerstag eine Räteregierung in der Schweiz am Ruder sein werde.

Frankreich. Der neue Vorkämpfer für Berlin. Marcel Guin berichtet in „Echo de Paris“, als französischer Vorkämpfer für Berlin sei der Generalsekretär der Friedenskonferenz und bisherige Vorkämpfer in Fern Paul Dutoka auszuwählen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages. Von der Blättermeldung aus Paris zufolge, wird die Kammer voraussichtlich am 30. August die Ratifikation über die Ratifikation des Friedensvertrages beginnen. Man erwartet bedeutende Reden der Sozialisten. Die Diskussion im Senat dürfte am 12. September abgeschlossen sein, sobald die Ratifikation am 15. September vollzogen sein wird.

Clemenceau lehnt die Abdankung vorläufig ab. In der Deerekommission der Kammer erklärte am Freitag Clemenceau, Frankreich sei nicht in der Lage, dem englischen Vorschlag zu folgen und den Bestand des Oeres auf Friedensbänke herabzusetzen. Vorläufig sei der Friedensvertrag mit